

Regierung lehnt OKP-Zulassung ab

Die Liechtensteiner Regierung hat am Dienstag nach zweieinhalb Jahren den ersten Antrag auf eine **OKP-Zulassung der Medicnova Privatklinik AG in Bendern offiziell abgelehnt.** Text: Patrik Schädler

Im November 2015 hat die Medicnova Privatklinik AG bei der Regierung einen Antrag auf OKP-Zulassung betreffend invasive Kardiologie und Gefässchirurgie gestellt. Seither hat zwar Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini mehrmals erklärt, dass er diesem Antrag nicht zustimmen werde, er hat den Antrag aber nie für eine Regierungssitzung traktandiert. Dies obwohl die Regierung gemäss Gesetz innert dreier Monate über einen solchen Antrag entscheiden müsste.

Am 25. Mai 2018 verlangte der Rechtsvertreter und Verwaltungsrat der Privatklinik, Peter Wolff, von der Regierung eine Entscheidung innert vier Wochen. Ansonsten würde eine Säumnisbeschwerde gegen die Regierung «wegen Nichterledigung eingereicht». Im gleichen Schreiben beantragte die Medicnova eine OKP-Zulassung für weitere sechs medizinische Disziplinen. Über diesen Antrag müsste die Regierung gemäss Gesetz bis Ende August entscheiden.

Medicnova wird am 3. Juli über Vorgehen entscheiden

Wie Rechtsanwalt Peter Wolff gestern auf Anfrage bestätigte, hat die



Die Regierung lehnte den Antrag auf OKP-Zulassung der Medicnova Privatklinik AG ab. Kommt es nun zum Rechtsstreit?

Regierung am Dienstag den Antrag aus dem Jahr 2015 abgelehnt. Als Begründung werde primär eine befürchtete «Mengenausweitung im Inland» angeführt. Allgemeinversicherte Patienten müssen sich somit weiterhin im Ausland behandeln lassen. Gegen diese Entscheidung

könnte die Medicnova Privatklinik beim Verwaltungsgerichtshof Beschwerde einreichen. Gemäss Peter Wolff werde sich der Verwaltungsrat an seiner Sitzung am 3. Juli mit dem weiteren Vorgehen befassen.

Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini rechnet offenbar damit,

dass die Klinik den Rechtsweg beschreiten will. So wurde im Regierungsentscheid festgehalten, dass man über den neuen Antrag auf eine OKP-Zulassung für weitere sechs Fachbereiche erst entscheiden werde, wenn der erste Entscheid rechtskräftig sei. Die derzeitige Situation ist etwas absurd. Auf der einen Seite droht ein Rechtsstreit und auf der anderen Seite verhandelt Gesundheitsminister Pedrazzini gleichzeitig mit der Medicnova über die Übernahme durch das Land, um das Landesspital nach Bendern zu verlegen.

Hat die Medicnova einen Joker in der Hand?

Im Umfeld der Klinik häufen sich derzeit wieder Gerüchte, dass bei diesen Verhandlungen die Medicnova die besseren Karten hat. So sollen bereits mehrere Interessenten für die Übernahme der Klinik in Bendern vorhanden sein. Sogar von einem unterschiftsreifen Kaufvertrag mit einer ausländischen Privatklinik ist die Rede. Rechtsanwalt Peter Wolff kommentierte diese Gerüchte nicht und Verwaltungsratspräsident Hansjörg Marxer reagierte nicht auf die Anfrage.

Eklat bei Radio L: Mitarbeiter schreibt einen Brief an den Landtag – Verwaltungsrat beschwichtigt

Grosse Aufregung verursachte vergangene Woche das Schreiben eines Radio L-Mitarbeiters, das er an einige Mitglieder des liechtensteinischen Landtags richtete. Darin bekundete der Absender ernste Bedenken gegenüber dem neuen Geschäftsführer des Senders, Martin Matter. Er zweifle an dessen Führungskompetenz und Vorbildfunktion. Auch war die Rede von «Vertrauensbruch» und «krasser Fehlbesetzung». Zudem soll Matter gegenüber einigen Mitarbeitern in der Cafeteria erklärt haben: «Wir haben kein Geld mehr.» Dass es um den Landessender finanziell nicht

gerade zum Besten steht, ist bekannt. Erst Anfang Juni wurde ihm vom Landtag ein zweiter Nachtragskredit zugesprochen. Dieser nahm das Schreiben daher sehr ernst und beraumte auf Antrag von Harry Quaderer eine nichtöffentliche Sitzung an.

LRF distanziert sich von den Vorwürfen

Nachdem der Landtag in seiner ausserordentlichen Sitzung vergangene Woche den Brief unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutierte und Details aus dem Schreiben in den Medien bekannt wurden, reagierte

der Verwaltungsrat des liechtensteinischen Rundfunks (LRF) am Mittwoch mit einer Stellungnahme. In dieser betont der Verwaltungsrat, dass jenes Schreiben die persönliche Meinung des Mitarbeiters wiedergebe, sich jedoch nicht mit jener des Verwaltungsrates decke. «Der LRF unternimmt grosse Anstrengungen, die Umsätze zu steigern, aber auch mögliches Sparpotenzial auszuschöpfen», heisst es weiter. Zudem betont der LRF, dass aktuell kein erneuter Antrag auf Erhöhung der finanziellen Mittel für das Jahr 2018 beim Ministerium beziehungsweise der Regierung eingereicht wurde.

Noch keine Konsequenzen

Der Sender nehme ausserdem die in dem Schreiben des Mitarbeiters angesprochenen personellen Differenzen innerhalb des Teams von Radio L sehr ernst. Man wolle sich intensiv damit befassen und personelle Konsequenzen prüfen. «Der LRF befindet sich derzeit in einem Veränderungsprozess und der Verwaltungsrat, als auch der Geschäftsführer, sind sich der Verantwortung dem Unternehmen gegenüber sehr bewusst», schreibt der Sender abschliessend. Bislang wurden keine allfälligen personellen Konsequenzen bezüglich des Schreibens bekannt. **red**